

INI1 Schuldenbremse ausbremsen – Grundgesetz zukunftsfest machen.

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 02.12.2023
Tagesordnungspunkt: 7. Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Die Schuldenbremse macht seit 2011 strenge Vorgaben mit Blick auf die Aufnahme
2 von Krediten durch Bund und Länder. Dabei war von Anfang an klar, dass diese
3 Regelung ihr Ziel, ein strukturelles Defizit im Haushalt zu verhindern, nur um
4 den Preis radikaler staatlicher Enthaltensamkeit im Angesicht multipler Krisen
5 erreichen kann. Diese Konstruktionsfehler haben sich auf dramatische Weise in
6 der neuesten Entscheidung des Bundesverfassungsgericht in Sachen
7 Klimatransformationsfonds gezeigt als eine weitere Folge einer fehlgeleiteten
8 Regelung.

9 Für uns ist klar: Die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form muss weg.
10 Deutschland weist mit einer Schuldenquote von 64 % des BIP weit unter dem
11 Durchschnitt der Eurozone iHv 90 %. Damit liegt die Verschuldung deutlich unter
12 der von anderen wirtschaftlich starken Staaten wie Frankreich (111%) und
13 Großbritannien (85 %). Der Vergleich zu anderen Staaten zeigt auch: Durch die
14 Schuldenbremse gerät Deutschland immer weiter in den Rückstand. Während etwa die
15 Vereinigten Staaten einen kreditfinanzierten Inflation Reduction Act erlassen
16 haben, welcher die Auswirkungen der weltweiten Inflation weitestgehend
17 abgeschwächt hat, rutscht Deutschland zunehmend in Richtung Rezession weil dem
18 Staat die Möglichkeiten fehlen um effektiv gegenzusteuern.

19 Die verheerende Wirkung der Schuldenbremse trifft Ostdeutschland dabei besonders
20 stark. Hier steht der strukturelle Wandel in ganzen Regionen auf dem Spiel, weil
21 abseits von Großprojekten zahlreiche Investitionen aufgeschoben werden oder
22 sogar ganz vor dem Aus stehen. Gleiches gilt für zahlreiche andere Maßnahmen zur
23 Erreichung der grundgesetzlich geforderten Klimaziele. Im Bereich der Energie-
24 und Verkehrswende betrifft die aktuelle Haushaltssperre etwa die Errichtung von
25 Ladestationen für Elektroautos und den Ausbau des öffentlichen Nah- und
26 Fernverkehrs. Im höchst relevanten Wohnungssektor steht die zügige Sanierung des
27 überalterten Gebäudebestandes vor dem Aus, weil Geld für Fördermittel fehlt.

28 Auch politisch ist die Schuldenbremse ein hohes Risiko. Finanzielle Austerität
29 führt, das zeigt ein Blick in andere europäische Staaten ganz deutlich, nicht

30 nicht zu einer Stabilisierung von Finanzen und Gesellschaft und einer gerechten
31 Verteilung gesellschaftlicher Lasten auf alle Generationen, sondern in
32 allererster Linie zu einem erstarken (rechts-) extremer Gruppierungen und
33 Parteien. Neueste Studien belegen: Einsparungen in Höhe von einem Prozent führen
34 zu einem erstarken rechter Parteien um ca. 3 %. Insbesondere in Ostdeutschland
35 ist uns schmerzhaft bewusst, welche Folgen sich aus einem plötzlichen Rückzug
36 des Staates aus essentiellen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ergibt.
37 Diesen Fehler dürfen wir nicht wiederholen.

38 Daher fordern wir:

39 1) Die Finanzverfassung, insbesondere der Art. 109 und 115GG, muss grundsätzlich
40 reformiert werden. Wir werden die Schuldenbremse gänzlich abschaffen.

41 2) Die Schuldenbremse darf nicht länger eine Zukunftsbremse sein. Die Aufnahme
42 von Krediten, die zur Finanzierung langfristiger Investitionen dienen, müssen
43 unbeschränkt möglich sein. Das gilt insbesondere für Investitionen in
44 Ostdeutschland und zur Bewältigung der Klimakrise.

45 3) Die Aufnahme anderer Kredite muss flexibilisiert werden, so dass der Staat
46 auch in Zeiten multipler Krisen handlungsfähig bleibt.

47 4) Die Thüringer Schuldenbremse leidet unter demselben Konstruktionsfehler.
48 Allein die klimaneutrale Modernisierung der öffentlichen Gebäude wird 270
49 Millionen Euro kosten, die unter Geltung der Thüringer Schuldenbremse nicht
50 aufgebracht werden können. Wir werden die entsprechenden Normen ebenfalls
51 modernisieren.